

# Leipziger Tageblatt und Handelszeitung

**Bezugspreis:** Durch die Post in Deutschland monatlich 2.50 Milliarden Reichsmark, Ausland 4 Milliarden Reichsmark. Einzelhefte 100 Reichsmark. Einzelhefte 100 Reichsmark. Einzelhefte 100 Reichsmark.

**Anzeigen-Tagespreis:** 100 Reichsmark. 100 Reichsmark. 100 Reichsmark. 100 Reichsmark. 100 Reichsmark.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Reichspräsidenten.

Nr. 257

Verantwortlich für den Text: **Geleitbaur J. Goldheim**, Leipzig. Verantwortlich für Inserate: **Edmund Müller**, Leipzig-Kanack. Eigentum, Druck und Verlag: **Leipziger Verlagsgesellschaft v. u. m. b. H.**

Dienstag, den 30. Oktober 1923

Redaktion: **Reichstraße 21** (Hauptredaktion 3600-3605) **Habelbergstraße 24** (Hauptredaktion 34735) **Leipziger Straße 21** (Hauptredaktion 8588)

117. Jahrg

## Die Reichsaktion in Sachsen

### Das Kabinett zeigt abgefeht - Der Landtag ausgeschaltet - Justizminister a. D. Dr. Heinze Reichskommissar

29. Oktober.

K. Sch. Stärker kann sich die Reichsregierung gegenüber der Regierung und der Volksovertretung eines Landes nicht mehr zur Geltung bringen, als es in Sachsen geschehen ist: Dem Kabinett zeigt abgefeht, dem Landtag ausgeschaltet, innerlich 24 Stunden zurückzutreten, nach dessen Weisung, dem Befehl zu gehorchen, wird das Kabinett abgefeht und die Regierungsgewalt einem Reichskommissar, dem ehemaligen Botschafter und Reichsjustizminister Dr. Heinze, übertragen und schließlich wird auch noch der Zusammensetzung des Landtages verboten. In Sachsen ist man über dieses Vorgehen der Reichsregierung, das in der Geschichte des Deutschen Reiches einzig dasteht, überrascht und verwundert, aber man hat zur Reichsregierung, die sich ja aus Vertretern der bürgerlichen Mitte und der Sozialdemokratie zusammensetzt, das Vertrauen, daß sie diese Maßregeln nicht getroffen haben würde, wenn sie nicht sehr gewichtige Gründe dafür hätte. Diese Gründe sind bisher nicht in ihrem ganzen Umfang bekannt geworden und wegen ohne Zweifel noch schwerer als der allerdings sehr bedenkliche, zur Aufhebung gegen die Reichsregierung aufzuführende Ruf der Kommunisten.

Schon für die militärische Expedition gegen Sachsen müssen andere Motive den Ausschlag gegeben haben als die „Gerichte“ über „Terrorakte“ und Gewalttätigkeiten, die sich inzwischen als übertrieben erwiesen haben. Die sozialdemokratische Parteilithie hatte, wie man hört, sehr bestimmte Nachrichten darüber erhalten, daß die Kommunisten einen Umsturzversuch planten. Die Unruhen in Hamburg scheinen zu beweisen, daß in der Tat die Gefahr eines kommunistischen Aufstandes auch für andere Teile des Reiches, besonders für Sachsen, bestand. Außerdem glaubte man zu wissen, daß die hitlerischen Kampfverbände in Bayern auf eine kommunistische Erhebung in Sachsen warteten, um sie als Vorwand zum Vorgehen gegen die deutsche Republik zu benutzen. Die Entsendung auswärtiger Reichswehrregimenter nach Sachsen hätte danach den Zweck gehabt, diese von Bayern her drohende Gefahr abzuwenden, indem man kommunistischen Unruhen in Sachsen vorbeugte.

Wenn dies die Erwägungen waren, die zu der Truppenverlegung geführt haben, warum hat man sie nicht öffentlich ausgesprochen? Da die Begründung mit den Terrorgerichten offensichtlich nicht ausreichte und bei dem Schweigen der Reichsregierung niemand in Sachsen recht wußte, wie die militärische Machtentfaltung zu deuten sei, hat in Arbeiter- und Angestelltenkreisen die Befürchtung Fuß fassen können, das Truppenaufgebot habe den Zweck, den Unternehmen bei der „Sanierung“ ihrer Betriebe einen Rückhalt zu geben und die unter Not und Leuerung schwer lebenden Arbeiter und Angestellten von der Geltendmachung ihrer Forderungen abzuhalten. Es ist dringend notwendig, dieser Befürchtung den Boden zu entziehen. Nachdem die proletarischen Hundertschaften aufgelöst worden sind, weil sie Werkzeuge des Klassenkampfes seien, sollte auch der Schein vermieden werden, als ob die Reichswehr zum Werkzeug des Klassenkampfes von der einen Seite herabgewürdigt würde. Die Reichswehr ist die Waffe der deutschen Republik, sie steht im Dienste des deutschen Volkes und darf auch nicht den Anschein erwecken, als ob sie irgendwelchen Sonderinteressen zu dienen hätte.

Welche Gründe für die Weigerung der sächsischen Landesregierung und für die Unterdrückung des sächsischen Landtages schließlich entscheidend waren, ist im einzelnen nicht bekannt. Man wird aber kaum fehlgreifen, wenn man vermutet, daß auch in diesem Falle das sächsische Problem mit dem bayerischen zusammenhängt. Der bayerische Diktator v. Kahr kämpft, wie bekannt, gegen die Reichsregierung mit dem Schlagwort, daß sie „marxistisch“ sei. Es gibt keine dümmere Lüge, aber sie wurde bisher innerhalb und außerhalb Bayerns von vielen geglaubt. Wenn es nun der Reichsregierung gelingt, durch offensündliche Taten auch dem sächsischen Volk beweislich zu machen, daß Kahr's Schlagwort falsch ist, so — darf man annehmen — wird Kahr's Ansehen und Einfluß sinken, die besonnenen Elemente werden in Bayern die Oberhand gewinnen, und es wird möglich sein, die Reichsautorität in Bayern wiederherzustellen. Wie aber könnte die Reichsregierung beweislich machen, daß sie mit Marxismus nichts

Dresden, 29. Oktober. (Eig. Tel.) Heute nachmittags 2 Uhr besetzte Reichswehr überraschend sämtliche Ministerialgebäude in Dresden. Vor dem Ministerpräsidenten saß die Reichswehr, voran eine Musikkapelle, die den Hohenfriedberger Marsch spielte. Reichswehrsoldaten begaben sich mit Mannschaften in das Gebäude. Vor dem Vorzimmer des Ministerpräsidenten entsicherten vier Mann die Gewehre und traten mit schuhfertigen Gewehren, ein Offizier voran, in das Vorzimmer des Ministerpräsidenten, der an seinem Schreibtisch saß und arbeitete.

Auf die Frage, was man von ihm wolle, wurde ihm geantwortet, daß man seine Beurlaubung wünsche. Er wurde dann unter Bedeckung zum Ausgang des Hauses gebracht. Mit den anderen Ministern wurde ebenso verfahren. Ministerpräsident Zeigner sagte vor seiner Abführung zu den versammelten Ministerialbeamten, die sich von ihm verabschiedeten: „Ich hoffe, daß Sie Ihre Pflicht weiter tun werden.“ Der Abschied war außerordentlich herzlich. Die Beamten, die zum größten Teil bürgerlich orientiert sind, versicherten ihm ihre Treue.

In einem kurz vorher abgehaltenen Kabinettsrat hatte das Kabinett beschlossen, nur der Gewalt zu weichen. Die Parteivorsitze der SPD. und USPD. hielten zur Zeit eine gemeinsame Sitzung ab, in der über die sofortige Ausrufung des Generalstreiks beschlossen wurde. Die sächsische Arbeiterschaft erwartet den Generalstreiksbefehl bereits seit heute vormittag, in passiver Resistenz verharrend. Zu gleicher Zeit besetzte Reichswehr auch das Landtagsgebäude. Die Soldaten waren feindlich-

Berlin, 29. Oktober. (Eig. Tel.) Die Reichsregierung hat in Verfolg ihrer Bemühungen, in Sachsen wieder verfassungsmäßige Zustände herzustellen, den früheren Reichsjustizminister Dr. Heinze zum Reichskommissar für Sachsen ernannt.

Dr. Rudolf Heinze, ein Sohn des bekannten ehemaligen Leipziger Philosophiedozenten Max Heinze, ist der deutsche und insbesondere der sächsische Öffentlichkeit kein Unbekannter. Nachdem er im sächsischen Justizdienst bis zum Landgerichtsdirektor in Dresden aufgestiegen war, wurde er 1912 Hilfsarbeiter bei der Reichsanwaltschaft und zwei Jahre später Reichsgerichtsrat. Der Krieg führte ihn für einige Zeit auf einen hohen Posten im türkischen Justizministerium. Im Juli 1918 wurde Heinze — seine liberale Gesinnung ließ die Berufung als einen Bruch mit geerbten Traditionen erscheinen — sächsischer Justizminister und er blieb es bis zur Revolution. Nach dem Umsturz nahm Heinze, der von 1907 bis 1911 dem Reichstag und von 1915 bis 1916 dem sächsischen Landtag als führendes Mitglied der national-liberalen Partei angehört hatte, sächsischen Anteil an der Begründung der neuen Deutschen

Dresden, 29. Oktober. (Eig. Tel.) Laut Anordnung des Wehrkreis-Commandos tritt der Landtag bis auf weiteres nicht mehr zusammen.

**Unterdrückung der kommunistischen Presse**  
Dresden, 29. Oktober. Auf Wunsch des Reichskommissars hat General Müller sämtliche kommunistische Zeitungen im Gebiete des Wehrkreises IV verboten. Die Druckereien werden polizeilich bewacht.

**Die entscheidende Verordnung**  
Berlin, 29. Oktober. (Eig. Tel.) Der Reichspräsident hat nachstehende Verordnung erlassen: „Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Freistaates Sachsen folgendes: § 1. Der Reichsminister wird ermächtigt, für die Dauer der Geltung dieser Verordnung Mitglieder der sächsischen Landesregierung und sächsischen Landes- und Gemeindebehörden ihrer Stellung zu entheben und andere Personen mit der Führung der gesamten Geschäfte zu betrauen. Auf Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit findet

zu tun hat, als dadurch, daß sie das sozialistisch-kommunistische Kabinett Zeigner-Böttcher absetzt und damit zugleich ihre Macht gegenüber den Wählern zeigt? Doch das ist nur eine Vermutung. Die Reichsregierung selbst hat sich nicht darüber geäußert. Sie bewegt sich noch immer in den veralteten Bahnen einer „Gesandtschaftsdiplomatie nach innen“, die nicht mehr in unsere Zeit paßt. Will sie sich nicht endlich entschließen, die Öffentlichkeit über ihre politischen Wege und Ziele aufzu-

mäßig ausgerüstet mit Stahlhelm, Karabiner und Handgranaten. Im Eingang des Landtagsgebäudes stehen Maschinengewehre, den Lauf nach oben gerichtet. Sämtliche Personen im Landtage mußten auf Befehl des kommandierenden Offiziers das Gebäude sofort verlassen. Der Offizier erklärte: „Ich handle im Auftrag des Reichswehr-Commandos IV und der Reichsregierung. Ich besetze den Landtag. Die Geschäfte werden nicht geleitet werden. Alle Personen sind nur erst verpflichtet, das Gebäude zu verlassen.“

Boikottpartei, kandidierte für diese erfolglos zur Nationalversammlung und wurde im Wehrkreis mit der Führung der Fraktion betraut. Auch in den Reichstag wurde er (1920) wieder gewählt. Sein Verzicht, in der Lage, die durch den Boikott der Reichs- und der radikalen Fraktionen bezeichnet war, ein Kabinett zusammen zu bringen, scheiterte infolge der ablehnenden Haltung der Sozialdemokraten. Heinze übernahm dann das Posten-Vortragsamt im Ministerium für Reichsangelegenheiten und trat erst wieder im November 1922 als Justizminister des Kabinetts Cuno in die Reihe der Reichsfunktionäre.

Wenn auch noch durch manche Fäden mit dem vorrevolutionären Deutschland verbunden, steht der neue Reichskommissar, der aber keine Partei hinaus den Ruf eines einsichtigen Boikotters und eines unbedingt vertrauenswürdigen Charakters genießt, ebendal auf dem Boden der Reichsverfassung.

Diese Verordnung keine Anwendung. Die Verordnung betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. September 1922 ist im übrigen unberührt.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Berlin, 29. Oktober 1923.  
Der Reichspräsident gen. Ebert.  
Der Reichsminister gen. Stresemann.

**Friedensschluß im ober-schlesischen Bergbau**

Breslau, 29. Oktober. (Eig. Tel.) Der Streik im Bergbau ist beendet. Eine Versammlung der Betriebsräte und der Vertrauensleute hat einstimmig die Wiederaufnahme der Arbeit für heute, Montag, beschlossen. Die Arbeiter haben sich bereit erklärt, die Lohnansprüche in wertbeständigem Geld vorzunehmen.

**Die Bezüge der Bankbeamten**

Frankfurt a. M., 29. Oktober. (Eig. Tel.) Die sind von mehr als vierzig Banken und Bankfirmen die Forderungen des Bankbeamtenvereins, die aus dem Gehaltsabkommen vom 20. September resultieren, bewilligt worden.

lären? Gerade die ungemein schweren Aufgaben, die sie zu lösen hat, machen es mehr denn je notwendig, daß eine zutreffend und vollständig unterrichtete öffentliche Meinung da sei, auf die sie sich stützen könne. Auch der heutigen Reichsregierung gilt das Wort, das einst der „Klosterbrat“ Wilhelm II. zurief, als dieser versprach, uns „herrlichen Zeiten“ entgegenzuführen zu wollen: „Wir folgen gern durch die und dünne, nur müßten wir auch gern wohnen!“

## Um die Reparationen

London, 29. Oktober. (Eig. Tel.) Das englische Kabinett und die Reichskonferenz werden in den nächsten Tagen die Ende voriger Woche eingegangenen schriftlichen Antworten Frankreichs und Belgiens auf den englischen Konferenzvorschlag prüfen. Es soll insbesondere die Frage erörtert werden, ob es einen praktischen Zweck habe, eine internationale Kommission einzusetzen, um die deutsche Zahlungsfähigkeit prüfen zu lassen, da die Befugnisse dieser Kommission nach dem französischen Standpunkt so eng zu fassen wären, daß dem Bericht nur eine akademische Bedeutung beizumessen wäre. Sollte das Kabinett oder die Reichskonferenz zu dem Ergebnis gelangen, daß die französischen Vorbedingungen für die Zustimmung zur Ernennung des Sachverständigenausschusses unannehmbar seien, so dürfte im Laufe dieser Woche, nachdem ein Meinungsaustrausch mit Washington stattgefunden hätte, ein konkreter englischer Vorschlag für die Ausgestaltung des Arbeitsprogramms des Sachverständigenausschusses der französischen und den alliierten Regierungen übermittelt werden.

## Frankreichs Wille oberstes Gesetz

Paris, 29. Oktober. (Eig. Tel.) Das französische Ministerium des Auswärtigen hat der Presse folgendes Communiqué gesendet: Die französische Regierung hat in der Antwort, die sie der englischen Regierung über die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses gegeben hat, sich auf den § 7 des Anhangs 2, Teil VIII des Versailler Vertrages bezogen, der die Einsetzung einer solchen Kommission gestattet. Kraft dieses Paragraphen ist die Reparationskommission berechtigt, jeden Beamten, Agenten oder Angestellten zu ernennen, der notwendig sein kann, um ihre Funktionen zu erfüllen, ferner Ratgeber einzusetzen und alle Ausführungsmaßnahmen zu ergreifen, deren sie für ihre Aufgabe bedarf, sowie ihren Beamten und den Organen der Ausschüsse die notwendigen Vollmachten zu übertragen. Die Reparationskommission kann innerhalb der Grenzen ihrer Befugnisse Sachverständige ernennen, deren Hilfe ihr notwendig erscheint, um die Auskünfte und Angaben zu erhalten, die sie nötig hat. Ein derartiger Schritt der Reparationskommission würde selbstverständlich keinerlei Verletzung ihrer Rechte bedeuten, die sie vielmehr in ihrer Gesamtheit wahrnehmen würde. Die Informationen, Ratshläge und Äußerungen, die ihr auf diese Weise übermittelt würden, hätten keinen anderen Zweck, als sie zu unterrichten, so wie sie diese Informationen auch von ihren Sachverständigen erhält. deren Zahl sie nach freiem Ermessen erhöhen kann. Andererseits gestattet der § 9 des Anhangs 2, Teil VIII des Friedensvertrages der Reparationskommission, alle Argumente und Zeugnisse anzuhören, die von Deutschland vorgebracht werden über alle Fragen, die sich auf seine Zahlungsfähigkeit beziehen.

Diese Paragraphen interpretieren den Inhalt des Artikels 234, in dem gesagt wird, daß die Reparationskommission von Zeit zu Zeit die Hilfsquellen und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen soll und der ihr, wenn sie dem Vertreter Deutschlands keine rechtmäßige Möglichkeit gegeben hat, sich zu Gehör zu bringen, alle Vollmachten überträgt, die Fristen zu verlängern und die Zahlungsmodalitäten abzuändern, soweit dieses im Einklang mit den übrigen Bestimmungen des Artikels 233 geschieht. Hiernach hat Deutschland jedoch nicht das Recht, dieser Sachverständigenkommission zuzuhören, sondern es braucht von ihr nur gehört zu werden, um alle Argumente und Zeugnisse vorzubringen, wobei diese Argumente nicht notwendigerweise aus deutscher Quelle zu stammen brauchen, sondern auch von Neutralen oder Alliierten herrühren können. Die Sachverständigen oder Sachverständigengruppen können in keinem Falle die Rechte der Kommission einschränken, die durch den § 234 festgelegt sind. Sie können lediglich die Fristen verlängern und die Zahlungsmodalitäten, soweit dies in Übereinstimmung mit Artikel 233 geschieht, abändern. Der Artikel 233 sagt, daß für

**Dollar in Berlin**  
amtl. Mittelkurs: 65 000 Millionen  
1 Goldmark:  
15 437,8 Millionen Gold — 15 514,9 Millionen Brief

**Amerikanischer Geldmarkt**  
\* Sonderkabel  
Geldkurse der Vorbörse

Vorbörse	Parität in Millionen	Vorbörse	Parität in Millionen
Berlin	5,00000000	Amsterd.	20, 24, 24, 24, 24, 24
London	448,87	Frankf.	294,00
Paris	563,00	Köpenh.	294,00
Wien	448,00	Stockh.	294,00
Bomb.	17,82	Christ.	I I

den Fall, wo Deutschland der Zahlung seiner Schulden nicht nachkommen kann, ein entsprechender Zahlungsantrag, der von der Kommission ausgearbeitet ist, gemacht werden kann.

Hier hören aber die Beschlüsse der Kommission auf; sie kann ohne besondere Ermächtigung der verschiedenen in der Kommission vertretenen Regierungen keinen Schulderlass bewilligen. Außerdem kann auf Grund des Schlusses des Artikels 233 die Regelung der unbezahlten Rückstände den Gegenstand gesonderter Verhandlungen bilden unter den Bedingungen, die die alliierten und assoziierten Regierungen bestimmen würden; das heißt: wenn die Reparationskommission auch das Recht hat, diese Rückstände auf neue Rechnung zu stellen, so kann sie sie doch nicht erlassen, da die ganzen Verhandlungen von den alliierten und assoziierten Regierungen bestimmt werden.

Es geht aus diesem Text hervor, daß, während die Reparationskommission die Zahlungsmodalitäten der deutschen Schulden festsetzt, die Fristen verlängern oder diese Modalitäten abändern kann, sie keinen Erlass der Schulden vornehmen darf, da ein verlässlicher Erlass nur durch Einverständnis der Gläubiger möglich ist. Frankreich wird jedoch nicht zulassen, daß man nochmals auf die Gesamthöhe der deutschen Schuld zurückkommt, wie sie am 1. Mai 1923 festgelegt wurde, und Frankreich wird auch keinerlei Zustimmung zu irgendeinem Erlass der Verpflichtungen geben, die Deutschland durch die Reparationskommission am 1. Mai 1921 auferlegt worden sind.

### Eine italienische Betrachtung

Rom, 20. Oktober. (Eig. Tel.) Die „Epoca“ bringt in ihrer heutigen Nummer einen kurzen Kommentar zur Rede Stresemanns, die sie vollkommen unterschreibt, wobei sie ausdrücklich hervorhebt, von welcher geringen Bedeutung der Separatismus an und für sich wäre, wenn er nicht durch die französische Einmischung aktiv und gefährlich gemacht würde. Wenn Frankreich — so schreibt die Blatt — die Politik, die auf die Abschließung Deutschlands abzielt und die bereits schwere Folgen nach sich gezogen habe, weiter fortsetze, so werde es in naher Zukunft noch andere Gefahren heraufbeschwören. Die Reaktion gegen den Internationalismus habe die bayerische Bewegung ins Leben gerufen; die unmaßlichen Lebensverhältnisse und die Leiden des Volkes hätten zu den kommunistischen Unruhen in Hamburg geführt. Was werde morgen geschehen? Italien müsse heute starke Macht halten, da seine Lebensinteressen auf dem Spiele stünden. Wenn Frankreich glaube, ein neues Deutschland mit dem Zentrum in München entstehen lassen zu müssen, so würde dieses neue Deutschland sofort Dekretieren in seine Grenzen aufnehmen. Diese Entwicklung könne zwar für Frankreich annehmbar sein, nicht aber auch für Italien.

### Eine Botschaft Masaryks

Prag, 20. Oktober. Der Präsident der Republik hat zum fünften Jahrestag der Republik eine Botschaft an die Abgeordneten, Senatoren und Minister erlassen, in der es heißt:

Während meiner Anwesenheit in den Hauptstädten des Westens kamen aus Amerika Nachrichten, die uns alle erfreuen können: daß nämlich Amerika an der Lösung des Reparationsproblems teilzunehmen wird. Ich glaube, daß der englische Minister des Äußeren diese freundschaftliche Stimmung Amerikas in geeigneter Weise auszunutzen wird. Das Reparationsproblem berührt uns sehr empfindlich. Ein organisiertes und gekämpftes Deutschland wird, wie für England, so auch für uns ein Konkurrent sein. Die Alliierten befinden sich daher in einer eigentümlichen Situation, daß sie Deutschland bis zu einem gewissen Grade gegen sich stellen würden. Trotzdem sind sie zu dieser Hilfe bereit. Ein gerechtes Deutschland ist für uns alle gefährlicher. Wir teilen nicht den Pessimismus bezüglich Deutschlands und seiner Zukunft.

Am Vereln mit der Entente werden wir in der Befestigung unserer Freundschaft mit Südslawien und Rumänien fortfahren. Wir wünschen die Kräftigung Oesterreichs und werden mit allen Kräften auch um ein freundschaftliches Verhältnis zu Ungarn bemüht sein. Das Verhältnis zu Polen ist gut; ich zweifle nicht daran, daß es bald ganz freundschaftlich sein wird.

Die Botschaft sagt weiter, der Krieg habe nicht nur bei den Besiegten, sondern auch bei den Siegern große Verarmung und einen gewissen sittlichen Verfall verursacht. Aber, so der Präsident, könne mit Genugtuung festgestellt werden, daß die tschechoslowakische Republik in dem Zeitraum von fünf Jahren nicht nur in der auswärtigen, sondern auch in der inneren Politik auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung einen bedeutenden Fortschritt erzielt habe. Es fehle allerdings noch eine bestimmte Richtung der Handelspolitik; auch auf diesem Gebiete müsse eine bestimmte Richtung bestehen, damit die Politik des Staates Tradition und Kontinuität habe. Der tschechoslowakische Staat werde natürlich ein nationales Gepräge haben; dies gehe schon aus dem demokratischen Rechtsprinzip hervor. Der Präsident wies dann auf die in seiner Anwesenheit erfolgte Eröffnung eines slawischen Instituts sowohl in Paris als auch in London hin und fuhr fort, die wahrhafte slawische Kulturpolitik werde fortgesetzt werden. Die slawischen Völker hätten jetzt alle die auf die Lausitzer Wenden ihre eigenen Staaten. Die kulturelle Eigenartigkeit könne jetzt durch ein kräftiges politisches Unternehmen ergänzt werden. Die tschechoslowakische Regierung bestrebe hierfür ein gutes Programm und arbeite bereits mit Erfolg daran. Die bereits vor dem Kriege, so gehe es auch jetzt um die Lösung sozialer Probleme.

(Die Zeiten, da Herr Masaryk noch ein zahlreicher Anwalt politischer Kinderrechts war, sind vorbei. Heute bringt er es fertig, in einem Atemzug für die winzige Gemeinschaft der Lausitzer Wenden einen eigenen slawischen Staat herbeizumageln und die brutale Unterdrückung des in jedem Sinne bedeutenden deutschen Bevölkerungsteils in der Tschechoslowakei mit dem demokratischen Völkervertrag zu rechtfertigen! Hier hat offensichtlich der politische Erfolg einen Charakter verbrochen. D. R.)

## Zuspitzung im bayerischen Konflikt

### Beifolgende Verfassungsmängel

München, 20. Oktober. (Eig. Tel.) Hier herrscht der Eindruck vor, daß durch die Note der Reichsregierung an Bayern der Konflikt sehr verschärft wurde und die Lage ernst sei als in der vorigen Woche, und zwar zum Teil auch deshalb, weil die Note, die an und für sich kein Ultimatum ist, gleichzeitig mit dem Ultimatum an die sächsische Regierung abgegangen ist, so daß die Parallelsituation Bayerns und Sachsens die bayerische Empfindlichkeit getroffen hat. Dasselbe es sich nur um die Auslegung von § 48 der Reichsverfassung, so wäre das nach bayerischer Auffassung eine Sache, die die Zurücktritt unter sich auszutragen hätten. Der weitere Verlauf der Angelegenheit wird von mündlichen Kommentaren abhängen, die der bayerische Gesandte in Berlin Dr. v. Preger der Reichsregierung geben wird. Ein Bild von der unklaren Situation aber der von der bayerischen Volkspartei veröffentlichte Bericht über ihre in München abgehaltenen Parteiverammlung, in der der Vorsitzende Speck die Weimarer Verfassung verurteilt nannte und behauptete, daß sie zentralistisch orientiert sei und föderal verfaßt habe. Er verlangte Umgestaltung der Verfassung im föderalistischen Sinne, Wiedereinnahme der Wehrmacht, der Finanzverwaltung und der Steuerhoheit der Eisenbahn und der Post.

Der Abgeordnete Feld erklärte, daß der Vorschlag, Rahr zum Generalstaatskommissar zu ernennen, von der Partei ausgegangen sei. Von den Reichsmaßnahmen, die den Konflikt herausbeschworen hätten, sei die bayerische Regierung vorher nicht verständigt worden. Es sei nicht wahr, daß innerhalb der Partei starke Strömungen für ein Nachgeben im Falle Pöfrow vorhanden seien. Hauptursache des Konflikts sei die falsche Konzeption der Weimarer Verfassung und die Tatsache, daß in Bayern eine sozialistische Regierung am Ruder sei im Gegensatz zu der im Reich. Bayern habe die Willen, in Antipathie an den Fall Pöfrow eine Änderung der Weimarer Verfassung durchzuführen.

Dr. Heim verlangte in seiner kurzen Ansprache, daß man konsequent handeln und den Führern Vertrauen entgegenbringen müsse. Er forderte auf, sich hinter die Staatsregierung und den Generalstaatskommissar zu stellen. Die Reichsregierung leide wie alle Regierungen seit 1918 an innerer Unwahrhaftigkeit. Er mahnte die Deutschen nationalen, Frieden untereinander zu schließen. Ministerpräsident v. Knilling stellte sich

schärfend vor dem General v. Pöfrow, dessen Republikanismus und Korrektheit er anerkannte. Die einzige angemessene Entschädigung des Parteitagesspruch der Staatsregierung und dem Generalstaatskommissar den Dank aus, verlangte Rückgabe der Wehrrechte an Bayern und die Schaffung wertvoller Zahlungsmittel.

München, 20. Oktober. (Eig. Tel.) Auf dem Landesparteitag der Bayerischen Volkspartei, die nach am Sonnabend in ihrer Stellung zum Fall Pöfrow schwankend war und ein Einlenken gegenüber der Reichsregierung nicht abgelehnt hatte, ist gestern ein Umschwung eingetreten. Wie wir erfahren, betonte der Vorsitzende Dr. Feld in einer Rede, eine Preisgabe Pöfrows sei unmöglich. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß die am Sonnabend hier eingetroffene Note der Reichsregierung an Bayern, die darum ersucht, die verfassungsmäßige Befehlsgewalt bei den bayerischen Reichswehretrophen wiederherzustellen, diese Sinnesänderung innerhalb der Partei herbeigeführt hat.

Der Ministerrat, der sich mit der Antwort an Berlin beschäftigen soll, dürfte erst morgen zusammenzutreten.

### Die eventuellen Druckmittel des Reiches

Berlin, 20. Oktober. (Eig. Tel.) Bezüglich der Maßnahmen, die seitens der Reichsregierung gegenüber der bayerischen Regierung geplant sind, erfahren wir, daß bei einer Fortsetzung der bayerischen Opposition für den bayerischen Teil der Reichswehretrophen, die von der bayerischen Regierung in Pflicht genommen worden sind, die Gehälter und der Sold nicht mehr bezahlt werden. Ferner hat die Reichsregierung im Einvernehmen mit den bayerischen Eisenbahnern die Vergrößerung einer zweiten Bahnlinie in Aussicht genommen. Ueber diese Maßnahmen wird nichts Näheres mitgeteilt. Es verlautet jedoch, daß es sich um eine Droffung des Verkehrs in Bayern handeln soll.

### Dresdner Stimmungen

Dresden, 20. Oktober. (Eig. Tel.) Während noch in den Vormittagsstunden auf Grund von Informationen, die die sächsische Regierung von ihrem Berliner Gesandten Grodnauer erhielt und die eine optimistischere Betrachtung der Lage zuließen, annehmen war, daß sich die schwere Krise noch abmildern lassen würde, hat die neue Verordnung des Wehrkreislösungsmandats alle diese Hoffnungen enttäuscht. Der Gesandte Grodnauer hatte der sächsischen Regierung mitgeteilt, daß die Reichsregierung bereit sein werde, den Konflikt mit Sachsen auf parlamentarischen Wege einzutreten, das heißt durch die Einsetzung des Reichsstaatskommissars bis zum Zusammentritt des sächsischen Landtages, der für Dienstag vorgesehen war, gewartet würde. Diese Darstellung ist durch die überhöhteste Ernennung des früheren Reichsjustizministers Heine zum Reichsstaatskommissar für Sachsen und durch das Verbot des Landtagszusammentritts durch das Wehrkreislösungsmandat überholt.

Die Stimmung in der sozialdemokratisch-kommunistischen Koalition läßt sich infolge dieser Ereignisse kurz dahin fassen, daß die Führerschaft zurecht noch eine vorsichtige und beobachtende Haltung einnimmt.

Die Interorganisationen beider Parteien im Lande aber und die großen Massen der hinter ihnen stehenden Arbeiterschaft drängen in immer stärkerem Maße auf sofortige Durchführung des Generalstreiks in ganz Sachsen.

Das Kabinett Reigner, dem seine Absehung bisher noch nicht offiziell bekanntgegeben worden ist, hält zurzeit einen Kabinettsrat ab, um sich über die neuen Lage Stellung zu nehmen. Bemerkenswert ist, daß jetzt erst bekannt wird, daß die sozialdemokratischen Reichsminister, von denen so in verschiedenen Blättern fälschlich hieß, sie hätten dem Beschluß des Reichskabinetts zugestimmt, sich ihrer Stimme enthalten haben. Die beiden Reichsminister Schmidt und Radbruch sind gestern in Dresden gewesen, um sich über die Lage zu informieren, und haben gestern nach ihrer Rückkehr in Berlin dem Parteivorstand der SPD sofort Bericht erstattet, so daß man schon in den nächsten Stunden eine Entscheidung der Parteizentrale der Sozialdemokratischen Partei in Berlin zu den sächsischen Ereignissen erwarten kann. In Dresden hält man es für selbstverständlich, daß die Antwort der Parteileitung der SPD zu dem neuesten Schritt der Reichsregierung die Abberufung der sozialdemokratischen Minister aus dem Reichskabinett sein wird.

### Zur Rechtsgrundlage des Vorgehens der Reichsregierung

Berlin, 20. Oktober. (Eig. Tel.) In Regierungskreisen wird der Standpunkt vertreten, daß das Recht des Reichspräsidenten, auch gegen Landesregierungen Maßnahmen zu treffen, unbestreitbar sei, wenn diese Regierungen durch ihr Verhalten die öffentliche Sicher-

heit gefährdeten. Man begründet diesen Rechtsstandpunkt in folgender Weise: Die Verfassung gibt dem Reichspräsidenten in Artikel 48 das Recht, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit notwendigen Maßnahmen zu treffen, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet wird. Dieses Recht des Reichspräsidenten wird nur durch die Verfassung selbst eingeschränkt. Es müssen die Grundrechte der Reichsverfassung respektiert werden mit Ausnahme einiger sehr wichtiger, die außer Kraft gesetzt werden dürfen, nämlich der Bestimmungen über die Freiheit der Person, Glaubens-, Briefgeheimnis, Pressefreiheit, Versammlungsrecht und Gewerkschaftsrecht. Da sich weitere Beschränkungen aus den allgemeinen Bestimmungen der Verfassung nicht ergeben, wird gefolgert, daß es dem Reichspräsidenten freistehe, innerhalb dieser Grenzen Befehle auszugeben, die bewaffnete Macht einzusetzen, sowie wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen zu treffen. Der Reichspräsident werde also durch keine Bestimmung der Verfassung gehindert, im Falle der Not vorübergehend Mitglieder einer Landesregierung ihrer Dienstgeschäfte zu entheben und andere Personen mit dieser zu betrauen. In diesem Sinne ist der Reichspräsident bereits einmal, nämlich durch seine Verordnung vom 22. März 1920, gegen die Regierung in Thüringen vorgegangen: Dort wurde der Minister Paulsen als Reichsstaatskommissar eingesetzt mit der Ermächtigung, Mitglieder der Landesregierung und anderer Behörden Thüringens ihres Amtes zu entheben und andere Personen mit der Dienstleistung zu betrauen.

Der schwerste Fall der Maßnahmen, die der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordnen kann, ist der der Reichsregulierung; wenn ein Land den ihm durch Reichsgeetze oder durch die Reichsverfassung auferlegten Verpflichtungen nicht nachkommt, kann der Reichspräsident dieses Land durch militärische Maßnahmen dazu anhalten, seine Pflichten zu erfüllen.

### Die Frankfurter Streikhege

Frankfurt a. M., 20. Oktober. (Eig. Tel.) In der Frankfurter Metallindustrie wird in sämtlichen Betrieben, mit Ausnahme der Wälderwerke, seit heute früh wieder gearbeitet; wegen der Wiederaufnahme der Arbeit in den Werken schweben noch Verhandlungen.

### Kleine politische Nachrichten

Der ehemalige Reichsminister Dr. Cuno ist am Sonntag mit dem Dampfer „Albert Ballin“ aus dem Vereinigten Staaten wieder in Hamburg eingetroffen.

Der erste Ministerpräsident Südslawiens, Stojan Protitch, ist an Influenza im 66. Lebensjahre gestorben. Er hat durch seine Kämpfe gegen den derzeitigen Ministerpräsidenten Balkić viel für das Interesse der politischen Kreise Südslawiens in Anspruch genommen. Protitch war übrigens auch der Verfasser der Antwort auf das österreichische Ultimatum an Serbien.

## Demokratische Kundgebungen

Der Geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung nahm am Sonntag Stellung zur politischen Lage. Hierzu berichteten Reichstagsabgeordneter Professor Dr. Gese, Landtagsabgeordneter Dr. Reinhold und Stadtrat Dr. Johannes Richter. Nach einer ausgedehnten Aussprache wurde einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

„Das Vaterland steht in einer schweren inneren und äußeren Krise. Es geht um den Bestand der Republik und die politische Einheit des deutschen Volkes. In dieser gefährlichen Stunde halten wir deutschen Demokraten es für oberste Staatsbürgerpflicht, uns einmütig unter Zurückstellung aller Einzelinteressen hinter die Reichsregierung zu stellen. Wir geben der sichereren Erwartung Ausdruck, daß die Reichsregierung die erfüllte Reichsautorität nach allen Seiten und in allen gefährdeten Teilen des Reichs mit unermüdelter Energie wiederherstellen und die Reichseinheit auf Grund der Weimarer Verfassung erhalten wird. Wir vertrauen auch darauf, daß die Reichsregierung im Interesse einer gesunden Weiterentwicklung unseres Staatslebens so bald als möglich den verfassungsmäßigen Zustand wiederherstellen wird.“

Neben den reinpolitischen Fragen wurden die Wirtschaftsnote und die Ernährungsfrage eingehend behandelt. Die Aussprache über diese beiden Punkte wurde in nachstehender Entschliessung:

„Der Freihaat Sachsen und besonders die sächsischen Großstädte befinden sich in schwerer Not. Breiten Schichten der Bevölkerung fehlt es am Notwendigsten, um ihr Leben zu fristen. Die Störungen der äußeren Ordnung sind in erster Linie auf die Vergrößerung der darbenenden Massen zurückzuführen. Angesichts der katastrophalen Ernährungslage bitten wir die Reichsregierung dringend, unverzüglich Schritte zu schaffen. Sachsen als Hauptgebiet ist auf planmäßige Versorgung vom Reich angewiesen. Die bisher eingeleiteten Maßnahmen sehen wir für unzureichend an. Kartoffeln, Brot und Fettwaren müssen für die bislang schwerverwundlichste sächsische Bevölkerung im Hinblick auf den kommenden schweren Winter in ausreichendem Maße bereitgestellt werden. Wir halten es für unbedingt geboten, daß die Lebensmittelzufuhr durch einzelne deutscher Länder, Provinzen und Wehrkreise von der Reichsregierung für das ganze Reich sofort unterzogen werden. Wo das Pflichtbewußtsein der landwirtschaftlichen Erzeuger und gewisser Händlerkreise verlagert, stellen wir der Reichsregierung anheim, Zwangsmaßnahmen zur Erfassung, der Kartoffeln und des Getreideverkehrs ohne Säumen in Angriff zu nehmen.“

### Weitere republikanische Mahnrufe

Kürnberg, 20. Oktober. (Eig. Tel.) In Kürnberg fand unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Timm (München) eine Landkonferenz der sozialdemokratischen Partei Bayerns statt, die das Ergebnis ihrer Beratungen über die Lage im Reich in einer Entschliessung zusammenfaßte, in der es heißt:

„In der Zeit größter außenpolitischer Bedrohung droht die Einheit des Reiches schwerer Gefahr. Der ganze Ernst und die Unheilbarkeit der heutigen Zustände ist dadurch hinreichend charakterisiert, daß die bayerische Regierung die Oberkommandierung eines hohen Reichswehreffiziers abgibt und ausdrücklich abgedankt hat und daß der Generalstaatskommissar unter Ausübung der verfassungsmäßigen unabhängigen bayerischen Staatsregierung erklären kann, er verhandelt mit der Reichsregierung nicht. Die bisher von dem Generalstaatskommissar eingesetzten Politik beweist, daß der angeblich für Ordnung und Staatssicherheit gesuchte Kampf Bayerns sich ausschließlich gegen diejenigen richtet, die mit allen ihren Handlungen dartun, daß sie treu und ohne Vorbehalte zur Verfassung von Reich und Land stehen. Unerschütterlich und zu allen weiteren Opfern bereit, steht auch die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands zum Reich; sie erwartet aber auf das Bestimmteste, daß nunmehr die verantwortliche Reichsregierung ihre Verpflichtung nachkommt, hinter sich ihre Verfassung und Reichseinheit durch die Tat zu setzen.“

Frankfurt a. M., 20. Oktober. (Eig. Tel.) Die Ortsgruppen des Deutschen Republikanischen Reichsbundes des Rhein- und Rheingaus und Nordhannovers haben in Welfenburg in gemeinsamer Sitzung beschlossen, durch eine sofort abzuhaltende besondere Deputation den Reichspräsidenten zu bitten, den militärischen Ausnahmezustand im Reich sofort zu beenden.

Der Republikanische Reichsbund für Mitteldeutschland wendet sich in einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem sämtliche in ihm vertretenen republikanischen Parteien ihre Kräfte zu Reich und Verfassung betonen, zugleich aber fordern, daß eine energische republikanische Politik gemacht werde.

### Kruppsche Verhandlungen

Paris, 20. Oktober. (Eig. Tel.) Aus Düsseldorf wird dem „Welt-Berichten“ gemeldet, daß gleichzeitig mit den Verhandlungen, die ausgenüßlich in Düsseldorf mit der Gruppe Sinnes über die Wiederaufnahme der Arbeit in den Gruben und der Kohlenlieferungen für die Wiederaufmachungen geführt werden, seit einigen Tagen auch in Offen mit Krupp Verhandlungen im Gange sind, um zu einem Abkommen der gleichen Art zu gelangen, wie es zwischen der internationalen Ingenieurkommission und der Gruppe Otto Wolff abgeschlossen worden ist. Diese Verhandlungen hängen ab, aber in alliierten Kreisen verheißt man, daß vorläufig noch keine Unterschriften ausgetauscht worden seien. Herr von Krupp bemühe sich, daß die Kruppwerke die Arbeit wieder wie vor der Ruhrkrise aufnehmen können. Hinsichtlich der Verhandlungen mit Sinnes sei abgemacht worden, daß die Unterschriften ausgetauscht würden, sobald Sinnes aus Berlin zurück sein werde, was man für Dienstag erwartet. Das Abkommen mit Sinnes hätte demnach, das mit der Gruppe Otto Wolff abgeschlossen worden ist.





Dermisches

Tagelohn 1 1/2 Dollar. Die Lohnverhandlungen...

Nach in der Synagoge. Unter der sensationellen...

Spende für Kindereisen. Journalistenfamilien...

Lebensmittelpreise in Rostau. Nach wirtschafts-

Preise für die wichtigsten Lebensmittel in Rostau...

Unglücksfälle und Verbrechen

Ein Autounfall bei Wendels. Wie aus Laon...

Zum Tode verurteilt. Vom Schwurgericht in...

Das Mädchen in Ketten. In einem ungarischen...

Der Dolmetscher im D-Jug. Der Volkshilfs-

Raubmord in Wien. Die neunjährige Anne...

Ein Dabotter fortgeführt. Eine schwere Spring-

Ein gesunder Ort. Aus London wird gemeldet:

Sport und Turnen

Die Sonntags-Ereignisse

Der Sport des vergangenen Sonntags wurde vom...

In Deutschland interessiert vor allem der Aus-

Bei den Städte spielen holte sich Berlin...

In der süddeutschen Meisterschaft ist...

Die Leipziger Spiele der ersten Klasse...

Kuswärts weiten Spielvereinigung und Viktoria...

In Chemnitz kam die Sächsisch Wald-

Der Radspport hatte kein bedeutendes Ereignis...

Der Herbstwaidlauf des Mittelbogens...

Neuer Sieg Diehmans

Der Herbstwaidlauf des Mittelbogens...

Schwere Strafen für Fußballspieler

Die Spieler Dardoz, Brestel und Röh...

nicht antreten, wurden vom Kreis IV (Groß-Ham-

Der deutsche Meister im Rutschenbäumen...

250 Meilenrennen in Kansas-City

Auf dem Autodrom von Kansas-City bestritten 14...

Motorrad- und Dauerrennen in Hannover

Der Gau IV (Niederhannoverschen-Hannover) des...

linjere Voraussetzungen

Saint-Germain, I. R. Crampone II - Höhe...

Leipziger Abendblatt für Sport und Börse

Erkennender Sportteil. Wichtiger politischer...

Um 4 Uhr im Straßenhandel, an den Kiosken...

Male ihre Lippen. Die Hochzeitsgäste standen im...

Unter den verschiedenen Verwandten, die jetzt...

Draußen hielt das neue elegante Auto, und...

Sich ihrer Pflicht bewußt, empfing sie im...

Tantred sah sie von der Seite an: Warum...

Tristram mußte nichts von dem Kraben Ritros...

Schließlich sah das junge Paar im Zuge nach...

Die vorliegende Ausgabe umfaßt 10 Seiten

Dier glückliche Menschen

Roman von Elinor Glyn

Jara erfaßt den Hauptinhalt des Dokumentes...

Es war eine Nacht voll nagender Unruhe...

Die junge Frau erhob sich von ihrem Lager...

Der scharfe Schatten der gegenüberliegenden...

Und wie verlebte Tristram den Abend?

es ihn: das war der Mann, derselbe Mann -

Giferjucht - Mittrauen, Mut - ein ganzes...

In diesem Augenblick hörte Tantred, daß...

Strahlend war die Sonne über Jara Scheltns...

Als Francis Markste, die Braut am Arm...

Jara trat ein Kleid von totem weißen Samt...

Die Jermone war beendet. Lord und Lady...



- Im Mondlicht erglänzte ein kleines silbernes...

# Mitteldeutscher Börsenkurier

Seite 6

Dienstag, den 30. Oktober 1928

Die mit „\*“ versehenen Artikel, Notizen und Kurse sind Originalarbeiten und dürfen nur mit voller Quellenangabe nachgedruckt werden

## Verdoppelter Noten- umlauf

Wie der Ausweis der Reichsbank vom 15. d. M. zeigt, hat bei der mit Rücksicht auf die fortgesetzten Markentwertung die Inanspruchnahme der Bank während der zweiten Oktoberwoche sich von neuem in starkem Ausmaße erhöht. Die gesamte Kapitalanlage wuchs von 77 040,3 auf 303 702 Millionen Mark, und zwar stiegen die Bestände an Reichsschatzweisungen um 97 548,1 auf 167 770,6, an Wechseln um 22 930,7 auf 29 341,6, an Lombardforderungen um 5524,4 auf 5616,8 Millionen Mark. Die besonders hohen Zugänge zum Lombardkonto hängen mit einer neuen Eröffnung des Kontingents der Reichsbankkassen zusammen, die dazu nötige, in den letzten Tagen der Berichtswche Darlehensansprüche von den Darlehenskassen vorübergehend an die Reichsbank zu verweisen.

Da die ungeheure Steigerung des gesamten Preis- und Lohnniveaus die Versorgung des Zahlungsverkehrs mit genügenden Banknotenmengen wieder äußerst schwierig gestaltete, verließ der Bank ein wachsender Teil der neu beanspruchten Kreditbeträge auf den Konten der fremden Gelder, die um 57 190,1 auf 84 542,5 Millionen Mark wuchsen. Die Banknotenausgabe erhöhte sich um 76 416,8 auf 123 349,8 Millionen Mark.

Trotz der erwähnten Verweisung großer Darlehensansprüche an die Reichsbank erfährt der Darlehensbestand der Reichsdarlehenskassen in der Berichtswche eine Vermehrung von 875,5 auf 5653 Millionen Mark. Dementsprechend flossen der Reichsbank an Darlehenskasseneinlagen 4787,6 Millionen Mark neu zu, so daß sich ihre Bestände an solchen Schecks auf 5663 Millionen Mark stellten.

Im einzelnen zeigt der Reichsbankausweis folgendes Bild (alle in Millionen Mark):

Aktiva			1928		
Metallbestand	14 554,64	(-)	3 701,15		
Darlehens-Geld	443,83	(-)	0,91		
Umsatz-Konten	432,41	(-)	0,04		
sonstige Aktiva	11,312	(-)	unverändert		
Kassenschatz	5 663 032 779,31	(-)	4 787 560 974,62		
Wechsel	29 341,6	(+)	123 640,04		
Lombard	5 524,4	(+)	5 616,8		
Sonstige Aktiva	29 541 585 322,13	(+)	22 939 668 115,81		
Darlehens-Schatz	167 770 616 512,16	(+)	97 548 141 375,41		
Lombard	5 524,4	(+)	5 616,8		
Sonstige Aktiva	29 541 585 322,13	(+)	22 939 668 115,81		
Sonstige Aktiva	29 541 585 322,13	(+)	22 939 668 115,81		
Passiva			1928		
Reservefonds	180	(-)	unverändert		
Notenbestand	123 349 765 704,46	(+)	76 416 785 289,71		
Rechte und Forderungen	29 100 620 842,12	(+)	19 505 304 300,16		
Privateinlagen	55 241 651 604,91	(+)	8 707 192 281,50		
Sonstige Passiva	20 216 116 636,54	(+)	15 241 449 670,508		
Alles in Millionen					

Der Goldumschlag für Reichsbanknoten beträgt am 28. und 29. Oktober 15 Milliarden.

Umtausch der Goldanleihe in Rentenmark. Die Reichfinanzverwaltung wird, laut Bekanntmachung des Reichministers der Finanzen im „Reichsanzeiger“, im Laufe des Monats Januar 1929 die auf Goldmark lautenden Schatzanweisungen des Deutschen Reiches von 1928 (Goldanleihe) im Wert von 420 Goldmark (= 1 Dollar), 840 Goldmark (= 2 Dollar) und 21 Goldmark (= 5 Dollar) auf Wunsch der Inhaber gegen die von der Deutschen Rentenmark auszubehenden Rentenbankscheine umtauschen. Hierbei gilt eine Goldmark der Schatzanweisungen gleich einer Rentenmark. Die Goldpfennige werden, soweit nicht bis dahin Rentenpfennige ausgegeben sind, in Reichsmark zu einem noch zu bestimmenden Kurse gezahlt werden. Der Umtausch kann innerhalb des vorbestimmten Zeitraumes bei sämtlichen Reichsbankstellen erfolgen.

Der Aufsichtsrat der Hamburger Goldmarkbank. Den ersten Aufsichtsrat der in diesen Tagen neugegründeten Hamburgischen Bank von 1928 bilden: Georg Heinrich Casemirer, Geschäftsinhaber der Norddeutschen Bank, Anton Cornelius Hübbe, Direktor der Deutschen Bank, Filiale Hamburg, Andreas Korn, Direktor der Commerz- und Privat-Bank, Kurt von Sydow, Direktor der Deutschen Bank, Filiale Hamburg, Max Guttschka, Direktor der Darmstädter und Nationalbank, Filiale Hamburg, Claudius Johannes Thomas, Direktor der Vereinsbank Hamburg, ferner Vertreter der Bankfirmen Lieser & Rosenkranz, Tillmann, Hirschland, Münchmeyer, von Bernberg-Göflier, Schroeder Gebrüder, Vorberg,

Margarine-Werke Schlack, der Wert von Blohm & Voß, ferner ein Vertreter der Großreederei, Direktor Dr. Hoff von der Hamburg-Amerika-Linie, Generaldirektor Böger von der Deutsch-Austral-Linie, Direktor Eggert von der Hamburg-Südamerik. Dampfer-Gesellschaft, Graf Röder als Geschäftsführer des Vereins Hamburger Reeder, Direktor Detlev von der Sinesco-Linie, ferner Vertreter der Norddeutschen Versicherungs-Gesellschaft und der Nobel-Dynamit-Gesellschaft, der bekannten Bank- und Importfirmen Schlubach, Thiemer & Co., der Firma Nottebohm & Co., Herr Witthoof, ehemalige Präses der Hamburger Handelskammer, Dr. Ernst Spiegelberg vom Bankhaus M. M. Warburg & Co., als Vertreter der Hamburger Handels-Bank deren Geschäftsinhaber Wilhelm Cohn. An Stelle des letzten, der kurzzeitig verstorben ist, ist Senator Dr. Stubmann ins Handelsregister eingetragen worden. Er wird aber in der demnächst stattfindenden G.-V. zugunsten des Herrn Cohn wieder zurücktreten.

Die Darmstädter und Nationalbank beabsichtigt, wie verlautet, in Holland eine Filiale zu errichten. Zu diesem Zwecke wolle Dr. Goldschmidt vor wenigen Wochen in Holland, um über eine enge Verbindung seiner Bank mit einer dortigen Firma zu verhandeln. Zur Fortführung dieser Verhandlungen begibt sich Dr. Goldschmidt demnächst noch einmal nach Holland.

Eine Bank der Kontexten. Die in Fluß befindliche Bewegung, sich von den Banken freizumachen, hat, wie verlautet, auch innerhalb der Berliner Großkonfession den Plan zu einer Gründung einer eigenen Genossenschaftsbank aufzuheben lassen.

Anspruch von Silbergeld in Oesterreich. Der österreichische Staat bereitet die Ausgabe von österreichischem Silbergeld vor. Große Mengen Silber werden zu diesem Zweck in Amerika angekauft.

A.-G. Düsseldorf Eisenbahnbedarf vorm. Carl Weyer & Co. Die Gesellschaft erstellte einen Fabrikationsgewinn von 3,87 Milliarden Mark (i. V. 19,06 Millionen Mark), wozu noch Mieterträge im Betrage von 1,3 Millionen Mark (45 741 A) und ein Gewinnvortrag von 109 696 (168 993) A treten. Dagegen beanspruchten Unkosten 3,16 Milliarden Mark (16,09 Millionen), Abschreibungen 60,77 (0,58), Zinsausgaben 61,88 Millionen Mark (0), so daß ein Reingewinn (einschließlich Vortrag) verbleibt von 600,17 (3,09) Millionen Mark. Die Verwaltung empfiehlt, von der Ausschüttung einer Dividende Abstand zu nehmen, und den verfügbaren Reingewinn folgendermaßen zu verwenden: Zuweisung an den Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds 200 Millionen Mark, die gleichen Summen an den Arbeiter-Pensionfonds und an den Reservefonds, Vortrag auf neue Rechnung 170 000 A. Durch die Ruhrbesetzung und die damit verbundene völlige Abschüttung des Hauptwerkes Oberbilk der Gesellschaft vom Eisenbahnverkehr und von geregelter Materialzufuhr haben die an sich schon bestehende Schwierigkeiten noch erheblich vermehrt. Die Ablieferung der fertigen Fahrzeuge ist für das genannte Werk seit Mitte März unmöglich, so daß zur des Reibholzer Werk in ganz beschränktem Maße des übernommenen Lieferverpflichtungen gerecht werden konnte. Trotzdem ist es der Verwaltung gelungen, dem größten Teil ihrer Belegschaft bis in die letzten Wochen hinein Arbeits- und Verdienstmöglichkeit zu geben. Erst der jüngste große Mangel hat die Gesellschaft in die Zwangslage versetzt, die Arbeit in ihren Betrieben auf ein Mindestmaß einzuschränken. Sobald die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs einsetzt, hofft die Gesellschaft, den Betrieb in größerem Umfang wieder aufnehmen zu können. Genügender Auftragsbestand ist vorhanden.

Concordia, Maschinenbau-A.-G., in Halle an der Saale. Die o. G.-V. beschloß, von der Verteilung einer Dividende Abstand zu nehmen. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Konrad Dr. Lehmann von Bankhaus H. F. Lehmann in Halle. Wie die Verwaltung mitteilt, eröffnet die Errichtung einer neuen feinschneidenden Abteilung für die Zukunft die besten Aussichten.

Cäsar & Loretz, A.-G., in Halle a. S. Die o. G.-V. beschloß, auf die Ausschüttung einer Dividende zu verzichten. Ferner wurde beschlossen, das Kapital um 5,4 Millionen Mark zu erhöhen. Die jungen Aktien werden im Verhältnis von 5 zu 1 zu 25 Dollarcenten angeboten. Die Dollarnumrechnung erfolgt für den ersten Tag der Bezugsrechtentwertung. Außerdem wurde eine weitere Kapitalerhöhung um 17,8 Millionen Mark

zum Zwecke der Angliederungen beschlossen. Schließlich wurden 15 Millionen Mark Schutzaktien geschaffen, die mit 25 Proz. eingezahlt werden und zu Händen der Verwaltung verbleiben. Die Verwaltung teilt mit, daß das Inanspruchnahme nach Umstellung der Anleihe auf Goldbasis sich wieder belebt habe. Vor allem sei das Auslandsgeschäft, das zu 80-85 Proz. des Gesamtumsatzes bestrahle, nach wie vor günstig.

Trachenberger Zuckerrüben. In der G.-V. wurde die Dividende auf 1000 Proz. festgesetzt. Ferner wurde beschlossen, das Grundkapital auf 75 Millionen Mark Stammaktien zu erhöhen. Im Zusammenhang mit diesem Beschluß wurde das Stimmrecht der Vorkursaktien vom 12fachen auf das 2fache erhöht. Der Vorstand berichtete, daß mit der Kampagne am 28. d. M. begonnen wurde. Die Arbeiten sind bisher glatt vorangetrieben gegangen. Ueber das zur Verarbeitung gelangende Quantum läßt sich indes noch nichts Bestimmtes sagen. Der Zuckergehalt der Rüben ist etwa 1 Proz. höher als im Vorjahre. Ueber die Modalitäten der neuen Aktienausgabe, deren Festsetzung dem Vorstand und Aufsichtsrat überlassen worden ist, werden die genauesten Daten später veröffentlicht werden. Wie mitgeteilt wurde, ist beabsichtigt, auf zwei alte neue Aktien gegen zwei Dollar Deutsche Goldanleihe zu gewähren. Die restlichen Aktien sollen im Interesse der Gesellschaft veräußert werden.

Königsberger Walzmühle. Die Gesellschaft beruft eine o. G.-V. mit der Tagesordnung: Beschlußfassung betreffend die Ermächtigung des Vorstandes zur Abgabe eines Angebotes auf Veräußerung des Vermögens der Gesellschaft im ganzen.

Stadtmühle Altleben, A.-G., in Halle a. S. Die Mühle, eines der bedeutendsten Mühlenwerke der Provinz Sachsen, wurde mit 40 Millionen Mark Kapital in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

Deutsche Mineralindustrie, A.-G., in Wietze. Die o. G.-V. beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 700 auf 601 Millionen Mark mit Bezugsrecht auf einen Teil der neuen ab 8. Juli 1928 dividendenberechtigten Stammaktien im Verhältnis von 1:1 zum Preise von 0,25 Goldmark (4,20 Goldmark = 1 Dollar) zusätzlich Abgeben. Die restlichen Stammaktien übernimmt der Aufsichtsrat, um sie im Interesse der Gesellschaft bestmöglich zu verwerten. Die Wahlen zum Aufsichtsrat wurden von der Tagesordnung abgesetzt. Ueber den Geschäftsgang und die Aussichten wurden keinerlei Mitteilungen gemacht.

Thodesche Papierfabrik A.-G. in Hainberg. Die o. G.-V. beschloß, von der Ausschüttung einer Dividende abzusehen und den Gewinn einem Fonds zuzuschreiben, der der Lebensmittelverbilligung für die Belegschaft dienen soll. Des weiteren wurde die Ausgabe von Genussscheinen beschlossen, die im Verhältnis 4:1 zu 1 Million Mark angeboten werden. Das Kapital wurde auf 225 Millionen Mark erhöht. Von den neuen Aktien wird ein Teil im Verhältnis 4:1 zu mindestens 80 000 000 Proz. angeboten, ein weiterer Teil wird den Obligationären zum Eintausch der Teilschuldverschreibungen im Verhältnis 3:1 zur Verfügung gestellt; der Rest bleibt für Erweiterungszwecke der Gesellschaft reserviert. Ueber den Geschäftsgang des laufenden Jahres läßt sich noch nichts sagen.

Kunststoff B. Gross A.-G., in Leipzig und Berlin. Die Verwaltung teilt mit: Die Gesellschaft hat die Maltuchfabrik Adolf Pillig in Berlin käuflich erworben. Die Fabrikation wird in bisheriger Weise fortgeführt. Herr Adolf Pillig übernimmt gleichzeitig die Leitung der Berliner Filiale des Unternehmens. Das Leipziger Werk ist im vollen Betrieb. Es wird größtenteils für den Export gearbeitet.

Cherowag, Chemikalien und Rohwachs-A.-G., in Hamburg. Unter diesem Namen wurde die Gesellschaft mit 500 Millionen Mark Aktienkapital gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist der Import und Export, sowie der Großhandel in Chemikalien, Rohwachs, Terpentin, Öl und verwandten Produkten, Beteiligung sowie Erwerb von Unternehmungen ähnlicher Art. Dem ersten Aufsichtsrat gehören an: Fabrikant Lorenz, Mohr-Sträßfeld-Hamburg, Bankdirektor Ullmann, Commerz- und Privatbank Meppenheim, Heinrich Michel (Michel & Co., A.-G., Köln), Generaldirektor Karl Trupp (Vereinigte Jutespinnerei und Weberei, Hamburg), Generaldirektor Paul Schilde (Benno-Schilde-Maschinenbau-Anstalt, A.-G., Berlin).

## Bei fester Tendenz Zurückhaltung

Berlin, 30. Oktober.  
Die heutige Börse brachte eine stärkere Befestigung. Kurssteigerungen bildeten auf allen Märkten die Regel, nur daß die Geschäftsentwicklung durch die Zahlungsmittelnot gehemmt wurde. Die neuerliche hochgradige Zuspitzung der innerpolitischen Schwierigkeiten zusammen mit dem weiteren Anschwellen der Papierflut haben das Vertrauen in einen baldigen Erfolg der Währungsanleihebestrebungen wieder erschüttert. Es kommt hinzu, daß am Devisenmarkt auch die

Reparierungen der Reichsbank neuerdings verschärft werden mußten, da für Effekten, ebenso wie für Devisen, nach wie vor starker Mangel an Angebot besteht. Das Geschäft war im allgemeinen nicht sehr groß, da die hochgradige Unsicherheit der allgemeinen Verhältnisse die Spekulation immer wieder zur Vorsicht ermahnt. Von den bevorstehenden weiteren Tarif erhöhungen befürchtet man ein neuerliches Anschwellen der verhängnisvollen Inflation, zumal wenn die Einführung des wertbeständigen Ersatzgeldes nicht ohne Schwierigkeiten vor sich geht. Auf dem Geldmarkt zeigte sich wieder reichlicheres Angebot bei Zinssätzen von 3-6 Proz.

Im Vordergrund der Bewegung standen wieder Rentenpapiere, die durchweg 150 bis 200 Milliarden Prozent höher einsetzten. Deutsche Rentenpapiere stiegen sogar 450, Mannesmann 300, Rheinbahn 300, Liebeck 400 und

Harpeier 600 Milliarden bis auf 2 Billionen. Auch Deutsche Kali waren 300, Salzdorf 170 Milliarden höher. Mansfelder blieben mit einer Steigerung um 30 Milliarden zurück. Bochumer Guß lagen unverändert. Von Metall- und Maschinenwerten verdoppelten sich Daimler auf 80 Milliarden, Linke-Hofmann, Rathgeber, Stettiner Vulkan und Oranienstein 100-150 Milliarden, Motoren Deutz 300, Augsburg-Nürnberg 300, Kraus 210 Milliarden. Auch Hartmann Maschinen verdoppelten sich bis auf 100 Milliarden. Zimmermann setzten dagegen 5 Milliarden niedriger ein. Wolf waren unverändert, ebenso blieben Otavi bei einem Kurs von 1 Billion unverändert. Norddeutsche Wolle konnten 100 Milliarden anziehen. Auch Deutsche Petroleum stiegen 100 Milliarden, Deutsche Erdöl sogar 425.

Von Bankaktien waren besonders Berliner Handelsaktien 200, Diskont 60, Deutsche Bank 45 Milliarden Prozent höher. Lebhafter wurden Mitteldeutsche Creditbank bei 12 Milliarden höherem Kurs umgesetzt. Auf dem Schiffahrtsaktienmarkt hatten Hapag mit einer Steigerung um 350 Milliarden bis auf 1100 Milliarden die Führung. Norddeutscher Lloyd gewannen 106, Erbe Schiffahrt 60 Milliarden. Bei chemischen Werten betragen die Kurssteigerungen meistens 75-100 Milliarden, Byk verdoppelten sich um 75 Milliarden, Sobeldemandel und Griesheim gewannen 120, Badische Anilin 230 Milliarden, angeblich im Zusammenhang mit Kaufaufträgen für süddeutsche Rechnung. Von Elektrizitätsaktien konnten Lahmeyer 150, Schuckert 200, AEG 25 Milliarden anziehen. Siemens & Halske blieben unverändert. Von den Halbvollstwertwerten belien Deutsch-Atlantische mit einer Steigerung um 370 und Eisenbahnverkehrsaktien um 315 Milliarden auf. Aschaffenburg Zellstoff waren 120 Milliarden höher. Ferner wurden Deutscher Gas, Fahberg-List, Sarotti, Kontinentale Kautschuk höher.

Auslandswerte lagen nicht ganz einheitlich. Schantungbahn gewannen 25 Milliarden, während Bagdadbahn 50, Anstolter ebenfalls 50 Milliarden und Oesterreichische Goldrente 45 Milliarden nachgaben.

Der Einheitsmarkt der Industriaktien war ebenfalls wieder recht fest, bei Kurssteigerungen bis zu 700 Milliarden für Chemische Albert. Ferner waren höher Egestorf Maschinen 500, Niederlausitzer Kohlen 200, Karoline 350, Fritz Scholz 120 Milliarden. Niedriger dagegen Stadtfurter Chemische 475, Glaninger Zucker 100, Vogtländer Tull 20 Milliarden.

Der Markt für unnotierte Werte war gleichfalls fester, aber nicht einheitlich. Im weiteren Verlaufe wurde die Börse ruhiger, so daß verschiedentlich leichte Kursrücksetzungen eintraten, ohne daß das Angebot wesentlich zugenommen hätte.

Dienstag  
ch Roland  
Leipzig.  
der Divi  
Aufsicht  
Berlin und  
ung teilte  
Transaktionen  
und daß we  
eisen. Sie  
Leipziger E  
biere der G  
Wenn auf d  
Treuhandge  
logt wurde,  
forderlich g  
wie die hobe  
werten bei  
des Effekten  
aller irgend  
gewinn von  
Gesellschaft  
schäftjahr  
bestand hat  
so daß die G  
werte vertie  
\* d Dredg  
A.-G. Die G  
Verwaltung,  
abgekauft  
lung gelang  
\* Neue  
stehende Ein  
Starkkopf &  
A.-G. unter  
A.-G.", ungl  
haber Albin  
Vorstand.  
sind: Rechts  
sitzender, F  
und General  
\* Von den  
einschließlich  
Kraft I und H  
Erzeugung fo  
der Eisenbah  
In der Woche  
3555 10-1-Wag  
290,35 10-1-W  
Versand in  
Rohkohlen 11  
steine - 1.  
Neue Halle  
Malland bildet  
3 sets Atrii  
nächst 7,5 Mill  
Kunststein  
Die Brutto  
betragen in d  
(Abnahme geg  
jahres 206 000

1 Gold  
Anstalt, E.  
Stamm-A.  
Erntel  
Christen.  
Kopenhagen  
Stockholm  
Helsingfors  
Lissabon  
London  
New York  
Amerika (gr  
do. (Kie  
Belgien (Kie  
Dänemark (Kie  
England (Kie  
Frankreich (Kie  
Holland (Kie  
Italien (Kie  
Norwegen (Kie  
Portugal (Kie

Der I  
(V  
Zu Beginn  
an ausländ  
größeren Um  
heißer darau  
kehr in Devi  
Hohen Notiz  
zusammen  
Zeit fand am  
amtliche An  
schon ein T  
Woche vorlie  
waren heute  
aufträge  
am Sonna  
von 50 Proz.  
frage stammt  
der Industrie  
Besonders  
daneben sind  
dem Rhein  
sonders von  
Woche mehr  
entsprechend  
Angesichts  
Reichsbank  
läßt die  
Zustellung,  
Auf Kabel N  
10 Proz.  
Auch in den  
verschärft.  
York unver  
nahme von K  
heute eine le  
den leichtem  
Devisenmark

Wer gutes Licht will, scheue die Kosten nicht.

**OSRAM NITRA**

OSRAM  
auch auf der Glasglocke stehen

ch Roland, Revisions- und Treuhänder A.-G., in Leipzig. Die G.-V. beschloß Ausschüttung einer Dividende von 300 Proz. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Bankier Klendner-Berlin und Bankier Schacht-Leipzig. Die Verwaltung teilte mit, daß die Gesellschaft eine Anzahl Transaktionen zur Durchführung gebracht habe und daß weitere in der Durchführung begriffen seien. Sie sieht das Zusammenarbeiten mit der Leipziger Effekten- und Kreditbank auf dem Gebiete der Gesellschaftsgründungen als Vorteil an. Wenn auf dem weiteren Ausbau der Revisions- und Treuhändergesellschaft kein besonderes Gewicht gelegt wurde, so war dafür maßgebend, daß die erforderlich gewesene Vermehrung des Personals sowie die hohen Unkosten eine Rentabilität nicht erwarten ließ. Es wurde trotz niedriger Bewertung der Effektenbestände und trotz Berücksichtigung aller irgend möglichen Abschreibungen ein Reingewinn von 128 380 Millionen Mark erzielt. Die Gesellschaft hat gute Aufträge in das neue Geschäftsjahr übernommen. Auch der Effektenbestand hat einen bedeutsamen Zuwachs erhalten, so daß die Gesellschaft über sehr namhafte Sachwerte verfügt.

\* d Dresdner Gardinen- und Spitzenmanufaktur A.-G. Die G.-V. genehmigte die Vorschläge der Verwaltung, wonach eine Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr nicht zur Verteilung gelangt.

\* Neue A.-G. in Leipzig. Die seit 1896 bestehende Eisengießerei und Maschinenfabrik Gebr. Sternkopf & Co. in Leipzig-Stötteritz ist in eine A.-G. unter der Firma „Gebr. Sternkopf, A.-G.“ umgewandelt worden. Die bisherigen Inhaber Albin und Richard Sternkopf bilden den Vorstand. Mitglieder des ersten Aufsichtsrates sind: Rechtsanwalt Dr. Goldschmidt, Leipzig, Vorsitzender, Fabrikbesitzer Emil Schmidt, Leipzig, und Generaldirektor Walter Bauchwitz, Leipzig.

\* Von den Braunkohlenwerken des Bornaer Reviers einschließlich der in Sachsen-Altenburg gelegenen Werke Kraft II und Hertzog Adolph wurden zum Absatz ihrer Erzeugnisse folgende 10-t-Wagen angefordert bzw. von der Eisenbahnverwaltung folgender Wagen gestellt: In der Woche vom 18.-20. Oktober waren angefordert 3545 10-t-Wagen, gestellt 3225,25 10-t-Wagen, demnach 320,25 10-t-Wagen oder 10,15 Proz. mehr gestellt. — Der Versand in dieser Woche wies folgende Zahlen auf: Rohkohlen 11 945,90 t, Briquets 19 064 t und Nadelprodukte — t.

Neue Italienische Kunstseidenfabrik. Mit Sitz in Mailand bildete sich laut „Konfektionär“ eine A.-G. Seta Artificiale Ceriano S. A., die mit zunächst 7,5 Millionen Lire Kapital die Fabrikation von Kunstseide im eigenen Großbetrieb aufnehmen wird.

Die Bruttoeinnahmen der Canada-Pacific-Eisenbahn betragen in der dritten Oktoberwoche 5 361 000 Dollar (Abnahme gegen die entsprechende Woche des Vorjahres 305 000 Dollar).

\* Goldanleihe und Rentenbank. Der „Reichsanzeiger“ bringt folgende Bekanntmachung: Die Reichsfinanzverwaltung wird im Januar 1924 die auf Goldmark lautenden Schatzanweisungen des Deutschen Reiches von 1923 (Goldanleihe) im Werte von 4,20, 8,40 und 21 Mark Gold auf Wunsch der Inhaber gegen die von der Deutschen Rentenbank ausgebenen Rentenbankscheine umzutauschen. Hierbei gilt eine Mark Gold der Schatzanweisungen eine Rentenbanknote.

\* Rechnungsabgrenzung. Im Hinblick auf die fortgeschrittene Währungserrichtung und die damit verbundene Ausbildung des Zahlensystems gehen die deutschen Banken einschließlich der Rentenbank dazu über, mit Wirkung ab 1. November bei Papiermarkbeträgen die Bezeichnung M. M. einzuführen, die an die Stelle der fortgelassenen 6 Nullen tritt.

\* Schwarzenberger Preßspahn-Fabrik, A.-G. in Schwarzenberg. Das Unternehmen erzielte nach Kürzung aller Unkosten einen Reingewinn von 250 057 860 (i. V. 1 887 267) Mark. In der Vermögensrechnung werden ausgewiesen: Bankguthaben mit 2,7 (0,6), Bestände mit 425 (1,4), Ausstände mit 106,5 (0,6) Milliarden Mark. Verbindlichkeiten in laufender Rechnung erweisen mit 0,25 (0,02) Milliarden Mark. Zu dem Ergebnis schreibt der Vorstand, daß das zweite Geschäftsjahr viel neues für die Gesellschaft gebracht hat. Die im ersten Berichtsjahr erwähnte bedeutende Vergrößerung der Fabrik ist durchgeführt und die neuen Räumlichkeiten in Betrieb genommen worden. Der Neubau ist bereits wieder voll abgeschlossen worden. Neu aufgenommen wurden die Rollenpreß-Spahn und Papierfabrik. Der Auftragsbeleg hat gegenwärtig etwas nachgelassen. Die G.-V. beschloß auf Antrag eines Aktionärs eine Aenderung der Gewinnverteilung. Aufsichtsrat und Vorstand erhalten an Stelle der festgesetzten Vergütungen aus den Beständen des Konsortiums 200 je Aktie zum Kurse von 5000 Proz. Dem Aktionären wird an Stelle der geplanten Ausschüttung von 10000 Proz. Dividende gegen Einreichung von 4 Dividendscheinen eine Aktie zum Kurse von 4000 Proz. gewährt.

\* Kapitalerhöhungen  
f Provinzialbank für Landwirtschaft und Industrie, A.-G., in Groß-Sabze auf 2000 Millionen Mark.  
Stoewerwerke A.-G., vorm. Gebrüder Stoewer, in Stebtin: um 24 Millionen Mark Stamm- und 10 Millionen Mark mehrstimmige Vorzugsaktien.  
Schneidpressenfabrik Heidelberg: um 67 Millionen Mark Stammaktien und 8 Millionen Mark Aktien B.

# Devisen und Valuten

1 Goldmark: 15 437 600 000 G. — 15 514 900 000 B.

Berliner Devisen: Amtlicher Kurs am 29. Oktober 1923. Table with columns for location (London, New York, etc.), currency type (Gold, Dollar), and exchange rate.

Berliner Banknoten: Amtlicher Kurs am 29. Oktober 1923. Table with columns for location (Amerika, Belgien, etc.), bank name, and exchange rate.

## Der Dollar 65 Milliarden

(Verschärfte Zuteilung.)

\* Berlin, 29. Oktober. Zu Beginn der neuen Woche pflegt der Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln sonst einen größeren Umfang zu zeigen. Das erklärte sich bisher daraus, daß Sonnabends kein amtlicher Verkehr in Devisen stattfand und sich daher zur amtlichen Notiz am Montag der Bedarf von zwei Tagen zusammendrängte. Zum ersten Male seit längerer Zeit fand am vergangenen Sonnabend wieder eine amtliche Notiz in Devisen statt. Obwohl hierbei schon ein Teil des sonst zu Beginn der neuen Woche vorliegenden Bedarfs gedeckt worden ist, waren heute bemerkenswerterweise die Kaufaufträge noch wesentlich höher als am Sonnabend, teilweise wiesen sie ein Mehr von 50 Proz. und darüber auf. Die starke Nachfrage stammte aus allen Kreisen des Handels und der Industrie.

Besonders stark waren die Anforderungen heute aus Hamburg.

daneben sind auch recht erhebliche Aufträge aus dem Rheinland eingelaufen, und zwar besonders von Kölner Firmen, in denen in der letzten Woche mehrmals eine amtliche Notierung mangelnd entsprechenden Angebots nicht stattfinden konnte. Angesichts der starken Ansprüche, die an die Reichsbank gestellt wurden, sah sich diese veranlaßt, die

Zuteilung, besonders in den Hauptvaluten, sehr erheblich einzuschränken.

Auf Kabel New York und Holland wurden nur je 10 Proz. für London nur 12 1/2 Proz. zugewiesen. Auch in den übrigen Valuten war die Repartierung verschärft. Bei der Festsetzung kam Kabel New York unverändert auf 65, London auf 300. Mit Ausnahme von Kabel New York, erübrigen die Devisen heute eine leichte Herabsetzung, die sich aber aus den leichten Schwankungen am internationalen Devisenmarkt erklärt, an dem besonders New York

im Gegensatz zu den letzten Tagen wieder etwas schwächer liegt.

## Oststaaten-Devisen vom 29. Oktober

Table showing exchange rates for Oststaaten-Devisen (Warschau, Bukarest, etc.) in Gold and Reichsmark.

## Oststaaten-Noten vom 29. Oktober

Table showing exchange rates for Oststaaten-Noten (Polsk. Mark, tschech. Rubel, etc.) in Gold and Reichsmark.

## Zürich, 29. Oktober

Table showing exchange rates for Zürich (Berlin, Wien, Prag, etc.) in Gold and Reichsmark.

## \* Prag, 29. Oktober

Table showing exchange rates for Prag (Reichsmark, Gold, etc.) in Gold and Reichsmark.

## Budapest, 29. Oktober

Table showing exchange rates for Budapest (Reichsmark, Gold, etc.) in Gold and Reichsmark.

## Amsterdam, 29. Oktober

Table showing exchange rates for Amsterdam (London, New York, etc.) in Gold and Reichsmark.

## Kopenhagen, 29. Oktober

Table showing exchange rates for Kopenhagen (London, New York, etc.) in Gold and Reichsmark.

## Stockholm, 29. Oktober

Table showing exchange rates for Stockholm (London, New York, etc.) in Gold and Reichsmark.

## Christiania, 29. Oktober

Table showing exchange rates for Christiania (London, New York, etc.) in Gold and Reichsmark.

## \* London, 29. Oktober

Table showing exchange rates for London (Berlin, Stockholm, etc.) in Gold and Reichsmark.

## Frankfurt a. M., 29. Oktober

Table showing exchange rates for Frankfurt a. M. (London, New York, etc.) in Gold and Reichsmark.

## Hamburg, 29. Oktober

Table showing exchange rates for Hamburg (London, New York, etc.) in Gold and Reichsmark.

## \* Prag, 29. Oktober

Table showing exchange rates for Prag (London, New York, etc.) in Gold and Reichsmark.

## Wien, 29. Oktober in Millionen

Table showing exchange rates for Wien (London, New York, etc.) in Millions.

## Budapest, 29. Oktober. In 1000 Proz.

Table showing exchange rates for Budapest (London, New York, etc.) in 1000 Proz.

## \* Dresden, 29. Oktober.

Tendenz unheimlich.

An der Dresdener Börse bröckelten die Kurse in der ersten Stunde fast auf der ganzen Linie ab. Die Umsätze auch heute sehr gering waren, genigten selbst kleinere Abgaben der Plattspekulanten, das Kursniveau zu drücken. Späterhin schritt die Spekulation jedoch zu umfangreichen Rückkäufen, so daß sich die meisten Papiere im variablen Verkehr wieder erholen konnten, und die später gehandelten Effekten über letzter amtlicher Notiz gesucht blieben. Am Bankenmarkt erlitten Commerz- und Deutsche Bank empfindliche Rückschläge. Auch Darmstädter und Ades gaben nach. Der Maschinenmarkt ist unbefriedigt. Von den einleitend gehandelten Papieren erübrigen nur Loewenwitzer Kartonnagen von 50 auf 78 Milliarden eine nennenswerte Aufbesserung. Später fragte man vor allem nach Leucas, die von 35 auf 65 Milliarden stiegen. Auch Kobi, Seck und Kuhnert-Turbo waren lebhaft begehrt. Unter dem Papier- und Photoaktien zogen Altemburger Chromo von 56 auf 68 Milliarden an. Thode mußten von 29 auf 15 Milliarden nachgeben, kamen aber variabel höher. Unger & Hoffmann, Mimosa, Ernemann und Peniger Patent waren im amtlichen Verkehr stark gedrückt. Am Rentenmarkt machte die Aufwärtsbewegung weitere Fortschritte.

# Effekten

## Chemnitz, Oktober

Table showing stock market data for Chemnitz (Aktien, Obligationen, etc.).

## Magdeburg, 29. Oktober

Table showing stock market data for Magdeburg (Aktien, Obligationen, etc.).

## Bremer Börse, 29. Oktober

Table showing stock market data for Bremer Börse (Aktien, Obligationen, etc.).

## München, 29. Oktober

Table showing stock market data for München (Aktien, Obligationen, etc.).

## Augsburg, 29. Oktober

Table showing stock market data for Augsburg (Aktien, Obligationen, etc.).

Leipzig, 29. Oktober

Die allgemeine Zurückhaltung, die das Bild der Leipziger Börse am Wochenabschluss bestimmte, setzte sich am Wochenbeginn fort. Wieder verhielten Spekulation und Kurse sich sehr reserviert zu einer einheitlichen Tendenz kam es auf allen Märkten nicht. Die fortdauernde Unsicherheit der politischen Lage wirkt in gleicher Richtung wie die Knappheit an Zahlungsmitteln, die durch den Ultimo wohl noch verschärft wird. Das neue wertbeständige Geld ist an der Börse das Tagesgespräch. Ueber die Wirkungen seiner Einführung sind die verschiedensten Ansichten zu hören; allgemein wird eine gewisse Umständlichkeit bei der Ausgabe bemängelt. Firmen, die im Besitz von Dividenden sind, und die zur Beschaffung des wertbeständigen Notgeldes verwenden wollen, können sie nicht unmittelbar gegen Goldanleihe eintauschen, sondern müssen den umständlichen Weg über die Papiermark wählen. Wie man hört, lassen in Berlin die Banken einen direkten Umtausch zu. Wie weit in der Praxis die Verwen-

dung des wertbeständigen Geldes gehen wird, bleibt noch durchaus unklar. Auch dies trägt mit zur Zurückhaltung bei. So war bei geringem Umsatze an allen Märkten die Tendenz unsicher.

Bankaktien waren überwiegend etwas fester. Reichsbankaktien gewannen 70 Milliarden Prozent. Mitteldeutsche Creditbank 21, Leipziger Hypothekbank 40, Leipziger Immobilien 23. Etwas abgeschwächt Ades - 5, Disconto 20, Sächsische Bank 20. Maschinenwerte uneinheitlich; so stiegen Pfitzer von 120 auf 250, Schubert & Salzer plus 15, Hartmann plus 30. Schwächer waren Elite - 3, Germania - 4, Sondermann & Stier - 6. Auch Textilwerte wurden durchwegs uneinheitlich gehandelt. Stabe verloren 100, Wernshausen 15, Tittel & Krüger 100, Dürfeld 3; höher waren etwa Gera Jute B um 30, Leipz. Kammgara 5, Mittweida Baumwollspinnr 35, Mittweida Baumwollweber 50. Von sonstigen

Werten seien als höher genannt Hapag plus 150, Schulz Jan. 25, Steingut Colbits 66. Abstriche bei Deutscher Eisenhandel 15, Glaninger Zucker 150, Halle Pfänner 50.

Am Anleihemarkt kam wenig Material heraus, so daß das Geschäft bei fester Tendenz klein blieb und mehrfach zu Reparierungen geschritten werden mußte. Kohlenwerte sämtlich gestiegen bis auf große Fortschritt, die 300 Milliarden Prozent notierten. Sächsische Kohlenpreise 15 niedriger. Dollarschätze gingen zum Berliner Kurs von 70 um. Große Goldanleihe 80, kleine 60%.

Im Freiverkehr war die Tendenz gleichfalls stark uneinheitlich. Der Markt der amtlich nicht notierten Werte tendierte uneinheitlich. Die Umsätze waren mäßig, und die Kursbewegung ging teils nach oben, teils nach unten. Einen höheren

Gewinn erzielten u. a.: Altenburger Glas 60, Apollo 4, Ceres 5, Hansa-Lloyd 15, Kell & Lauer 35, Kraftwagen-A.-G. 8 rep., Fraureuth 200 rep., Reform-Motoren 12, Richter 16 rep., Riesaer Bank 3, Römhild 10, Seidel & Neumann 10 rep., Steinzeug Wiesen 10, Thode 5, Thüringer Zucker 10 rep., Stapelfaser 10, dagegen mußten sich Abstriche gefallen lassen u. a.: Apparaten Weimar 4, Beuchwitz 2, Pöschelberg 7, Erbsolz 5, Heine 15, Hilgenberg & Götz 3, Kammpara Silberstraße 2, Langbein 15, Paul Gebrüder 5, Phänomenwerk 4, Poegge 15.

Von der Leipziger Börse. Auf Grund des genehmigten Prospektes und der beabsichtigten Unterlagen wurden vom 300.000.000 Mark Aktien der Braunschweigischen Bank und Kreditanstalt, A.-G., in Braunschweig und nom. 50.000.000 Mark Stammaktien der Kraftwerk Sachsen-Thüringen, A.-G., in Anna zum Handel und zur Notiz an der Leipziger Börse zugelassen.

BAYER & HEINZE LEIPZIG Abteilung Bankgeschäft: Stammhaus in Chemnitz Schulstraße 1 Kommanditort von Bankhaus Gehr. Arnhold, Dresden. Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.

Leipziger Börse vom 29. Oktober

Table with columns for various stock categories like Festverzinsliche Papiere, Bank-Aktien, Industrie-Aktien, and their respective prices.

Table titled 'Fortlaufende Notierungen' showing various market indicators and their values.

Leipziger Freiverkehr

Table showing market data for the Leipzig free market, including various stock prices and exchange rates.

Dresdner Börse vom 29. Oktober

Table with market data for the Dresden stock exchange, listing various securities and their prices.

Berliner Börse vom 29. Oktober

Large table with market data for the Berlin stock exchange, covering a wide range of securities and their prices.

Table with market data for various securities, including prices and changes.

Table with market data for various securities, including prices and changes.

Table with market data for various securities, including prices and changes.

Table with market data for various securities, including prices and changes.

Table with market data for various securities, including prices and changes.

Table with market data for various securities, including prices and changes.

Table with market data for various securities, including prices and changes.

Table with market data for various securities, including prices and changes.

Table with market data for various securities, including prices and changes.

Table with market data for various securities, including prices and changes.

Table with market data for various securities, including prices and changes.

Table with market data for various securities, including prices and changes.

Vertical text on the right edge of the page, including a date 'Dienstag' and various small notices or advertisements.





